

Mehr Kinder helfen nicht

Warum Politik im Zeichen des Bevölkerungswandels demographieresistent gestaltet werden muß

Mit Frank Schirrmachers „Das Methusalem-Komplott“, das im Frühjahr 2004 zeitweise die Bestsellerlisten anführte, erfuhr der demographische Wandel den bisherigen Höhepunkt in seiner öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland. Das Buch stellt zwar einen der prominentesten Beiträge zur Diskussion um die Bevölkerungsalterung dar, daneben entstanden und entstehen aber auch mehrere Kommissionen, werden zahlreiche Tagungen organisiert und noch mehr Zeitungsartikel geschrieben, die sich mit den Verschiebungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung und ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen befassen. Der Begriff „Demographischer Wandel“ wird mittlerweile fast inflationär verwendet und so zum Schlagwort, denn er ist vor allem auch ein dankbares Thema: Wie kein zweites betrifft es alle Lebensbereiche des Menschen, in der individuellen Perspektive des eigenen Lebensverlaufs wie auf gesellschaftlicher Ebene. Vielfach ist in den Diskussionen zu beobachten, daß dieses wichtige und facettenreiche Thema leider auf zwei – vermeintlich zentrale – Botschaften reduziert wird: Deutschland hat zu wenig Kinder, und: Deutschland hat zu viele Alte (die sich auf

Kosten der Jungen ein schönes Leben machen). Die Herausforderungen, der sich die deutsche Gesellschaft gegenüber sieht und die zu den tiefgreifendsten, auf biologischen Prozessen basierenden Veränderungen gehört, die die Menschheit wohl je durchlebt hat, sind weit vielschichtiger. Ziel dieses Beitrages ist es, nach einer kurzen Darstellung des bisherigen politischen Diskurses über den demographischen Wandel, zunächst die wesentlichen demographischen Entwicklungen für Deutschland aufzuzeigen, um in einem zweiten Schritt mögliche Handlungsoptionen für politische Entscheidungsträger zu liefern. Dabei wird deutlich gemacht, daß eine Umkehr der Bevölkerungsalterung mittels steigender Geburtenraten oder mehr Zuwanderung als faktische und politische Handlungsoption versagt und deshalb das Szenario einer gealterten Gesellschaft in den Mittelpunkt politischer Planung rücken muß. Insbesondere am Beispiel des Bereiches „Arbeit und Alter“ soll veranschaulicht werden, wie Politik demographieresistent gestaltet werden kann. Der Beitrag schließt mit einer kurzen Betrachtung über die Schwerpunktsetzung in der aktuellen Politik, die sich noch immer auf die immanente Beeinflussung des Bevölkerungswandels richtet.

► **von Harald Wilkoszewski**

1. Demographische Konjunktoren – Der öffentliche Diskurs um den Bevölkerungswandel

Wie jedes andere große soziale Thema unterliegt der Bevölkerungswandel hinsichtlich seiner öffentlichen Wahrnehmung unterschiedlichen Konjunktoren. International machte der Club of Rome bereits in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung aufmerksam. Eine Fülle von Dokumenten zur internationalen Altenpolitik zeigt darüber hinaus, daß sich internationale Akteure schon seit Jahrzehnten mit der Frage beschäftigen, wie der Herausforderung der alternden Gesellschaft zu begegnen und wie die gesellschaftliche Stellung älterer Menschen zu verbessern ist.[1] Leider zeichnen sich zwischen- und überstaatliche Institutionen oft dadurch aus, ambitionierte Erklärungen ohne Sanktionskraft zu verabschieden.

Auf nationaler Ebene fand die alternde Gesellschaft in Deutschland bereits vor mehr als 50 Jahren Erwähnung: Adenauer warnte in seiner Regierungserklärung von 1953 vor den weitreichenden Folgen der sinkenden Geburtenrate bei gleichzeitigem Anstieg der Gruppe der älteren Menschen für die Wirtschaft und Gesellschaft.[2] Eine alternde Gesellschaft schien als bedrohliches Phänomen, das es zu bekämpfen galt. An dieser Sichtweise hat sich bis heute wenig geändert.[3] Die frühe Erwähnung des demographischen Wandels in der Regierungserklärung Adenauers darf allerdings nicht überbewertet werden; insgesamt spielte die leise fortschreitende Alterung der Gesellschaft bis Mitte der 70er Jahre so gut wie keine Rolle in der deutschen Politik.

Als 1974 die 4. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung die zukünftigen Verschiebungen im Altersaufbau der deutschen Gesellschaft in konkrete Zahlen goß, war deren Effekt immerhin so groß, daß unter der Federführung des Bundesinnenministeriums eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet wurde. Ihre Aufgabe war es, Bevölkerungsprojektionen auf Basis verschiedener Annahmen zu Geburtenrate und Nettozuwanderung zu erstellen und mögliche Folgen der alternden Gesellschaft abzuleiten. Konkrete

Handlungsempfehlungen waren in den Berichten der Arbeitsgruppe jedoch nicht vorgesehen.

Anfang der 90er Jahre kehrte der demographische Wandel im Rahmen der Diskussion um die Rentenreform kurz zurück auf die bundespolitische Agenda, um dann 1992, nachdem die Reform verabschiedet wurde, wieder in der politischen Nachrangigkeit zu verschwinden. Zwar zeigte der Deutsche Bundestag 1992 durch die Einsetzung der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“, daß er dem Thema einige Bedeutung beimaß, die politischen Agenden der Parteien beispielsweise blieben allerdings nahezu unberührt davon.[4]

Vielleicht lag es am Jahrtausendwechsel, der die in den demographischen Berechnungen in der Regel verwendeten Zeithorizonte bis 2030 beziehungsweise 2050 näherrücken ließ; möglicherweise hat das wachsende Selbstbewußtsein der Bevölkerungswissenschaft und ihr vermehrtes Herantreten mit immer verlässlicheren Forschungsergebnissen an Gesellschaft und Politik sein übriges dazu getan. Die alternde Gesellschaft jedenfalls ist wieder in der Diskussion und beherrscht seit der ersten Hälfte des Jahres 2001 mit Schlagzeilen wie „Land ohne Leute“, „Planet der Alten“ oder „Die Deutschen sterben aus“ die gesamte deutsche Medienlandschaft,[5] von der sonntäglichen Talkrunde „Sabine Christiansen“ bis zu FAZ und SZ, die dem Thema ganze Artikelserien widmen. Der demographische Wandel hat wieder Konjunktur, und mit ihm all jene Szenarios, die der deutschen Gesellschaft eine düstere Zukunft zwischen Kampf der Generationen und Zusammenbruch der Volkswirtschaft aufgrund fehlender Innovationsfähigkeit vorhersagen.[6]

In Ansätzen läßt sich allerdings auch ein gewisser Wandel erkennen: Ganz allmählich verändert sich die ausschließlich negative Bewertung der Bevölkerungsentwicklung hin zu einer differenzierteren. Der Altersbegriff entfernt sich von seiner defizitären Konnotation. So werden die Kompetenzen der „jungen Alten“ herausgestellt und der Alterung der Gesellschaft auch Chancen abgerungen. Vor allem die Wirtschaft sieht enorme Potentiale in einer kaufkräftigen, weil materiell re-

► **Literatur**

[1] Vgl. Sammlung des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA): DZA (Hrsg.): *Dokumente der internationalen Altenpolitik*, Band I: 1946 bis 1980 und: Band II: 1981 bis 1993, Berlin: DZA, 1993.

[2] Vgl. Margret Dieck: Die ältere Generation im Spiegelbild der großen Regierungserklärungen von 1949 bis 1987, in: DZA (Hrsg.): *Die ergraute Gesellschaft*, Berlin: DZA, 1987, S. 189-218, hier: 193.

[3] Vgl. Peter Coleman/John Bond: *Ageing in the Twentieth Century*, in: dies. (Hrsg.): *Ageing in Society. An Introduction to Social Gerontology*, London: SAGE, 1990, S. 1-16, hier: 1, 5.

[4] Vgl. Harald Wilkoszewski: *Die verdrängte Generation. Politische Parteien und die alternde Gesellschaft in Deutschland*, Marburg: Tectum, 2003.

[5] Vgl. z. B. Die Zeit, Nr. 20 vom 10. Mai 2001.

[6] Vgl. z. B. Roland Tichy/Andrea Tichy: *Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt*, München: Piper, 2001.

lativ gut abgesicherten, älteren Bevölkerungsgruppe. Banken, Versicherungen und Immobiliengesellschaften haben längst auf die „positiven Seiten“ der *Ageing Society* reagiert und investieren viel, um ihre Produktpaletten auf die Kundengruppe der Zukunft auszurichten.[7] Dennoch wird eine Gesellschaft mit einem hohen Anteil älterer Menschen immer noch als Bedrohung angesehen. Schirmmachers „Komplott“[8] ist in diesem Zusammenhang einer der jüngsten und vielleicht prominentesten Beiträge, die eine komplette Neuausrichtung des Altersbegriffs anmahnen, die durchaus notwendig ist. Problematisch erscheint hier allein, daß diese Neuausrichtung mit Hilfe einer Konspiration der älteren gegen die jüngere Generation erreicht werden soll. Das so entworfene Szenario läßt keinen Platz für den Dialog zwischen den Generationen und stellt damit das eigentliche Ziel in Frage, denn ein Begriffswandel, der gesellschaftlich anerkannt sein will, muß von allen Generationen mitgetragen werden.

Die Wahrnehmung des demographischen Wandels schwankte bisher zwischen Unterschätzung und Dramatisierung, je nachdem wie pointiert das Thema kommuniziert werden sollte. Wie sehen aber nun konkret die Veränderungen in der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung aus?

2. Die demographische Entwicklung in Deutschland bis 2050

Die Demographie untersucht die Bevölkerungsentwicklung allgemein anhand dreier Determinanten: Geburtenentwicklung, Sterblichkeit und Zu- beziehungsweise Abwanderung. Für die Berechnung der Geburtenentwicklung wird die Anzahl der (Lebend-)Geburten pro Frau als Größe herangezogen. Statistisch gesehen muß dieser Wert bei 2,1 liegen, damit eine Bevölkerung in ihrer Größe – unabhängig von Zu- oder Abwanderungen – stabil bleibt, das heißt die nachfolgende Generation die Elterngeneration zahlenmäßig vollständig ersetzen kann („Bestandserhaltungsniveau“). Die Reproduktionsrate beschreibt die tatsächliche durchschnittliche Kinderzahl pro Frau. Im Deutschland von 1860 lag sie noch bei ca. 5,0 Kindern pro Frau;[9] sie ist seit drei Jahrzehnten aber auf

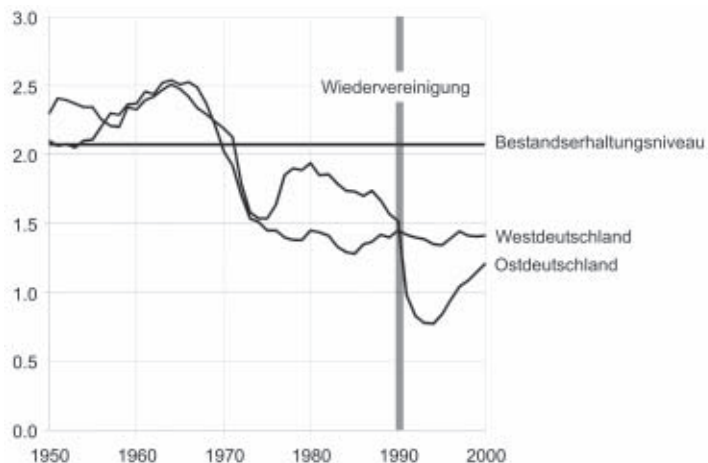


Abb. 1: Zusammengefaßte Geburtenziffern: Kinder pro Frau

1,3 zurückgegangen und unterschreitet somit das Bestandserhaltungsniveau um ein Drittel (siehe Abbildung 1).

Für die Analyse der Sterblichkeit einer Bevölkerung ist die durchschnittliche Lebenserwartung von zentraler Bedeutung. Für Männer liegt sie momentan bei 75,4 Jahren, für Frauen bei 81,2 Jahren.[10] Für die Geburtskohorten um 1900 lag dieser Wert noch bei circa 45 Jahren. Der rapide Anstieg der Lebenserwartung konnte zunächst auf die drastische Reduzierung der Säuglingssterblichkeit zurückgeführt werden. Da diese heute auf einem äußerst niedrigen Niveau liegt, gründet sich jeder weitere Anstieg der Lebenserwartung auf eine Reduzierung der Sterblichkeit höherer Altersgruppen. Wie stark die sogenannte fernere Lebenserwartung sogar unter den Hochbetagten durch bessere Ernährung und medizinischen Fortschritt erhöht werden kann, zeigt das Beispiel der deutschen Vereinigung. Bereits ein paar Jahre nach dem Systemwechsel, der deutlich bessere Lebensverhältnisse für Ostdeutschland mit sich brachte, haben sich die Sterbewahrscheinlichkeiten in den hohen Altersgruppen (ab 70 Jahre) in Ostdeutschland denen in Westdeutschland angeglichen beziehungsweise diese sogar unterschritten.[11]

James W. Vaupel und James Oeppen konnten in ihrem bahnbrechenden Artikel in *SCIENCE* zudem zeigen, daß die Rekordlebenserwartung im internationalen Vergleich in den letzten 160 Jahren nahezu linear angestiegen ist (siehe Abbildung 2).[12] Der Anstieg

[7] Vgl. SZ vom 8. August 2001: „Ageing Society verändert die Wirtschaft. Von der Kaufkraft der Senioren profitieren Sektoren wie Gesundheitswesen, Wohnen, Lifestyle und Finanzen“.

[8] Vgl. Frank Schirmmacher: *Das Methusalem-Komplott*, München: Blessing, 2004.

[9] Vgl. Herwig Birg: *Die demografische Zeitenwende*, München: Beck, 2003, S. 51.

[10] Vgl. Statistisches Bundesamt: *Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden 2003.

[11] Vgl. Rembrandt Scholz/Heiner Maier: German unification and the plasticity of mortality at older ages, MPIDR Working Paper, 2003.

[12] Vgl. James Oeppen/James W. Vaupel: Broken limits to life expectancy, in: *SCIENCE*, Vol. 296 (Mai 2002), S. 1029-1031.

[13] Vgl. Schmid, Josef: Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 43 (2001), S. 21-22.

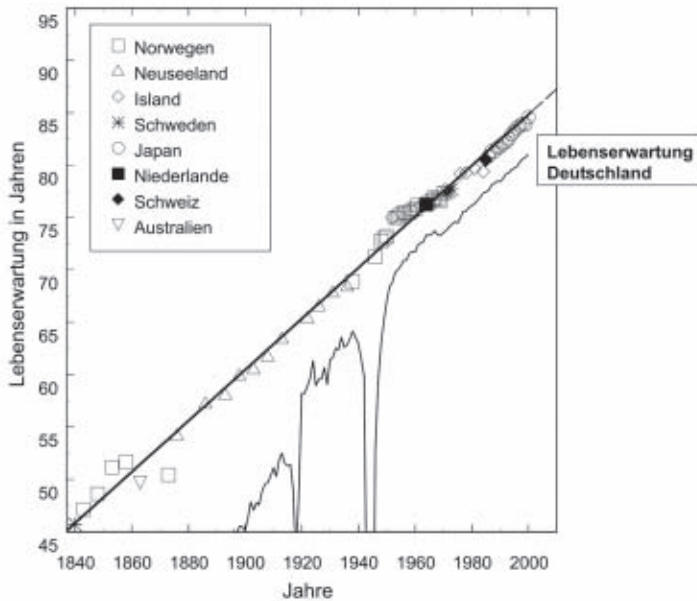


Abb. 2: Rekordlebenserwartung international

[14] Vgl. Statistisches Bundesamt: *Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden 2003.

[15] Eigene Berechnungen auf Basis der UN-Prognose 2002 (Revision, Mittlere Variante).

[16] Vgl. Herwig Birg: „188 Millionen Einwanderer zum Ausgleich?“, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG VOM 12. April 2000.

[17] Vgl. zur künftigen Entwicklung des Arbeitskräftepotentials: Bernd Hof: *Szenarien zur Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Deutschland*, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, Heft B 8 (2001), S. 20-30.

[18] Zur grundsätzlichen Ablehnung von Bevölkerungspolitik vgl. Lutz Leisering: *Alternde Bevölkerung – veraltender Sozialstaat?*, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, Heft B 35 (1996), S. 13-22, hier: 16f.

[19] Vgl. Ursula Münch: *Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Maßnahmen, Defizite, Or-*

betrug etwa drei Monate pro Jahr. Bildlich gesprochen bedeutet das, daß von zwölf gelebten Monaten nur neun bezahlt werden müssen. Eine Abflachung dieses Trends ist nicht abzusehen und deutet darauf hin, daß die Lebenserwartung weiter zunehmen wird. Die dritte demographische Determinante „Migration“, bei der in der Regel der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen mit dem Ergebnis einer Nettozu- oder Nettoabwanderung von Bedeutung ist, unterlag in Deutschland einer sehr wechselhaften Entwicklung. Ein Grund dafür ist, daß die Zuwanderung nach Deutschland bis zur Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes in diesem Jahr weitgehend ungesteuert verlief. 1992 konnte noch ein Migrationsaldo von über +700.000 verzeichnet werden. Seit 1997 pendelt die Nettozuwanderung auf niedrigerem Niveau zwischen circa 45.000 und 95.000 und schwenkte 1998 sogar um in eine geringfügige Nettoabwanderung.[13] Aufgrund der vielfältigen Ursachen für Migration und der Tatsache, daß einschneidende, zur Migration veranlassende Ereignisse, wie zum Beispiel Bürgerkriege nicht vorhersehbar sind, bringt die dritte demographische Determinante eine größere Fehlerwahrscheinlichkeit mit sich als die Geburten- beziehungsweise Sterberate. Niedrige Fertilität und steigende Lebenser-

wartung werden die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung in den nächsten 50 Jahren nachhaltig verändern. So kommt die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zu dem Ergebnis, daß im Jahr 2050 der Anteil der unter 20jährigen von gegenwärtig 21% auf 16% der deutschen Gesamtbevölkerung zurückgehen wird. Gleichzeitig wird die Gruppe der mindestens 60jährigen mit 37% mehr als doppelt so groß sein wie heute. Noch gravierender ist die Zunahme bei den über 80jährigen, deren Anteil sich bis 2050 auf 12% verdreifacht haben wird.[14] Zahlen der Vereinten Nationen ergeben, daß die Gruppe der Arbeitsbevölkerung – hier die 15- bis 64jährigen – in den nächsten 50 Jahren um 19 Prozent schrumpfen wird.[15] Die einstige Bevölkerungspyramide wird sich dann vollends auf den Kopf gestellt haben.

3. Immanente Beeinflussung vs. kreative Auseinandersetzung mit dem Szenario einer gealterten Gesellschaft

Welche Optionen sind grundsätzlich denkbar, um auf den demographischen Wandel zu reagieren? Am naheliegendsten scheint zunächst die Beeinflussung der Bevölkerungsalterung selbst – mittels einer Erhöhung der Geburtenrate und/oder einer gesteigerten Zuwanderung – zu sein. Im folgenden wird deutlich gemacht, daß dieser Ansatz weder kurz- noch mittelfristig umzusetzen ist und somit als politische Strategie ungeeignet erscheint. Alternativ sollte deshalb das Szenario einer gealterten Gesellschaft in den Mittelpunkt politischer Planung rücken und auf mehreren Politikfeldern gleichzeitig ein kreativer Policy-Mix für eine Bevölkerung mit einem hohen Anteil älterer Menschen entwickelt werden.

4. Politische Befindlichkeiten, historische Lasten und die Trägheit demographischer Prozesse: familien- und zugewanderungspolitische Maßnahmen im Schachmatt

Im Zusammenhang mit einer möglichen „Lösung“ des demographischen Wandels in der öffentlichen Diskussion werden immer wieder zwei Politikfelder bemüht: die Familien-

politik und die Zuwanderungspolitik. Diskutieren wir zunächst den migrationspolitischen Bereich: Theoretisch könnten sowohl Bevölkerungsschrumpfung als auch -alterung durch eine ausreichend hohe Zahl an Zuwanderern ausgeglichen werden. Allerdings ist in der zugewanderungspolitischen Diskussion weniger die Frage nach der Wirksamkeit sondern vielmehr jene nach der politischen Erwünschtheit und Machbarkeit der notwendigen Maßnahmen entscheidend. Bei der praktischen Umsetzung ergeben sich folgende Probleme: Da die zugewanderten Menschen selber altern und zudem ihr generatives Verhalten den bestehenden Verhältnissen anpassen, wäre bis 2050 eine astronomisch hohe Zahl von 188 Millionen Zuwanderern notwendig, um die jetzt bestehende Altersstruktur beibehalten zu können.[16] Auch eine noch so gute Integrationspolitik könnte diese Zahl, die eine Nettozuwanderung von 3,7 Millionen Menschen per annum bedeuten würde, nicht bewältigen. Zudem verhält sich die Politik – wie das neue Zuwanderungsgesetz zeigt – selbst bei der Frage einer „bedarfsorientierten“ Immigration sehr zögerlich und unterscheidet sich dabei immer noch erheblich von der Position der Wirtschaft, die wegen des Arbeitskräftemangels [17] sowohl bei hochqualifizierten Berufen (wie etwa dem des Informatikers), als auch im personalintensiven Dienstleistungssektor (Fremdenverkehr, Gastgewerbe etc.) vehement ein Mehr an Zuwanderung fordert.

Hieraus ergibt sich ein weiteres Problem: Eine „bedarfsorientierte“ Zuwanderung – gleich ob zur Verjüngung der Gesellschaft oder zum Ausgleich eines Arbeitskräftemangels – setzt voraus, daß eine ausreichend große Zahl an geeigneten Zuwanderern nach Deutschland kommen will. Die Erfahrungen mit der sogenannten *Greencard* haben gezeigt, daß dies nicht unbedingt der Fall ist. Vor allem junge und qualifizierte Ausländer haben heutzutage die Wahl zwischen mehreren Ländern. Die Aufnahmeländer befinden sich damit in einer gewissen Konkurrenzsituation, in der Deutschland aufgrund seiner zögerlichen und teilweise restriktiven Haltung nicht die besten Chancen hat.

Eine weitere Möglichkeit, die Bevölkerungsalterung zu beeinflussen, wäre eine Steigerung der Geburtenrate. Hier besteht zunächst die (deutsche) Problematik, daß eine Politik, die

erkennbar die Steigerung der Geburtenrate in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, Gefahr läuft, als „Bevölkerungspolitik“ wahrgenommen zu werden. Dies macht sie in der politischen Diskussion in hohem Maße angreifbar, da gegen bevölkerungspolitische Konzepte in Deutschland aufgrund der Erfahrungen während der nationalsozialistischen Herrschaft große Bedenken bestehen.[18] In der Konsequenz wäre die Umsetzung der angestrebten Maßnahmen erheblich erschwert. Familienpolitik in Deutschland beruft sich aufgrund der erwähnten Konnotation nur auf eine gesteigerte Geburtenrate als erwünschten Nebeneffekt und nicht als zentrales Ziel. Aber nicht nur zur historischen Abgrenzung sollten Familienpolitik und Bevölkerungspolitik voneinander unterschieden werden: Während erstere zum Ziel hat, Familien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen – hier Familien also zum „Subjekt“ von Staatstätigkeit gemacht werden –, richtet sich Bevölkerungspolitik direkt auf die Beeinflussung des Bevölkerungsbestandes und sieht so die Familie als das „Objekt“ staatlichen Handelns an.[19]

Abgesehen von diesen theoretischen Überlegungen ist darüber hinaus der Nachweis eines kausalen Zusammenhangs zwischen Familienförderung und generativem Verhalten ohnehin äußerst schwierig zu führen. Es zeigt sich, daß punktuelle Anreize (etwa die Erhöhung des Kindergeldes) vergleichsweise geringe Effekte nach sich ziehen und das generative Verhalten nicht nachhaltig beeinflussen können. Familienfördernde Maßnahmen werden schon nach kurzer Zeit nicht als Privileg sondern als selbstverständlich angesehen.[20] Mit dieser Feststellung soll der Sinn von Familienförderung jedoch nicht gänzlich in Abrede gestellt werden. Familienförderung ist *per se* wichtig und geboten, da die Familie vom Grundgesetz als besonders schützens- und förderungswerte soziale Institution eingeordnet wird und für den Staat wichtige Aufgaben übernimmt. Sie ist allerdings kein geeignetes politisches Konzept, den Trend zur alternden Gesellschaft aufzuhalten.

Entscheidend ist nämlich hier zusätzlich ein zentrales Charakteristikum demographischer Prozesse, deren sogenannte Trägheit die Verschiebung der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung unausweichlich macht: Die seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zurückgehenden Geburtenzahlen haben die in

ganisation familienpolitischer Staatstätigkeit, Freiburg i. Breisgau: Lambertus, 1990, S. 36f.

[20] Vgl. zur aktuellen Diskussion: o. A.: Wissenschaftler sehen geringen Effekt der Familienförderung, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Mai 2001.

[21] So wurde in den USA 1997 über eine halbe Milliarde Euro in die Altersforschung investiert. Vgl. Hans-Ulrich Klöse: Alterung und Innovationsfähigkeit, in: ders. (Hrsg.): *Perspektiven der alternden Arbeitsgesellschaft*, Forum Demografie und Politik, Heft 9 (1997), S. 5-16, hier: 7.

[22] Vgl. Gerben J. Westerhof: Arbeit und Beruf im persönlichen Sinnsystem, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Die zweite Lebenshälfte – Psychologische Perspektiven. Ergebnisse des Alters-Survey*, Stuttgart: Kohlhammer, 2001, S. 195-245, hier: 195f.

[23] Vgl. BMFSFJ (Hrsg.): *Zweiter Bericht der Bundesregierung über das Wohnen im Alter*, Bonn, 1998, S. 17 (Drs. 13/9750).

der Bevölkerungspyramide ehemals breite Basis an jungen Menschen nachhaltig verkleinert. Die künftige Elterngeneration ist damit so schwach besetzt, daß selbst eine erhöhte Kinderzahl pro Frau keine Trendumkehr bewirken würde, da die potentiellen Mütter *de facto* fehlen werden. In der Folge wird die Gruppe der Jüngeren weiter schrumpfen, die Alterung der Bevölkerung fortschreiten. Darüber hinaus wird die geburtenstarke Vorgeneration (die sogenannten „Baby-Boomer“ der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts) sowie die für alle Altersgruppen weiterhin steigende Lebenserwartung diesen Effekt verstärken.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Ein nachhaltig geburtenfördernder Effekt familienpolitischer Maßnahmen kann nicht eindeutig nachgewiesen werden und bleibt umstritten. Selbst ein starker Anstieg der Geburtenrate von bisher 1,3 auf 2,1 würde die Alterung der Gesellschaft bis 2050 nur geringfügig abmildern. Eine für die Stabilisierung des Altenquotienten notwendige Zuwanderung ist weder politisch erwünscht noch angesichts der hohen Zahl an nötigen Zuwanderern machbar.

5. Ein Policy-Mix für die gealterte Gesellschaft in Deutschland

Wenn nun also klar geworden ist, daß die Alterung der Gesellschaft in Deutschland zumindest mittelfristig nicht aufzuhalten ist, stellt sich die Frage nach den Alternativen für politisches Handeln. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Altern (als individuellem und als gesellschaftlichem Prozeß) hat mittlerweile eine fast unüberschaubare Fülle erreicht, besonders in der US-amerikanischen Forschung, die hier eine Art Vorreiterrolle spielt.[21] Aber auch in Deutschland etabliert sich die Alter(n)sforschung als Wissenschaft und kann somit dazu übergehen, vermehrt Handlungsempfehlungen für die Politik aus ihren Forschungsergebnissen abzuleiten. Trotz des weiten Feldes kristallisieren sich folgende Politikfelder als zentral für die alternde Gesellschaft heraus.

Arbeit und Alter

Sowohl unsere Gesellschaft als ganzes als auch die Biographie des einzelnen wird maßgeblich

durch Arbeit bestimmt. Gesellschaftliche Rollen werden nach der Stellung im oder außerhalb des Erwerbslebens vergeben. Man unterscheidet nach Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen, letztere nach Erwerbslosen, Rentnern und Hausfrauen/-männer. Der klassische Lebenslauf gliedert sich in die drei am Arbeitsleben orientierten Phasen Lernen, Arbeiten und Ruhestand. Das Alter wird somit zum sozialen Konstrukt. Alt ist nicht, wer viele Jahre gelebt hat, sondern wer gemäß einer sozialen Norm eine gewisse Funktion nicht mehr ausübt.[22] Der Altersstrukturwandel im Rahmen der alternden Gesellschaft stellt diese traditionellen Rollenmuster in Frage, da sie den sogenannten jungen Alten innerhalb der Gesellschaft keinen „sinnvollen“ Platz im Sinne einer Nutzung der vorhandenen Kompetenzen und Leistungsbeurteilung einräumen.

Gesundheit und Pflege

Alter ist nicht zwangsläufig gleichzusetzen mit einer schlechten gesundheitlichen Lebensqualität, dennoch steigt mit zunehmendem Alter das Risiko, zu erkranken und aufgrund mehrerer gleichzeitig auftretender Krankheitsbilder hilfs- oder pflegebedürftig zu werden. Es hängt maßgeblich von den politisch gesetzten Rahmenbedingungen im Gesundheits- und Pflegewesen ab, ob in einer gealterten Gesellschaft sowohl die Lebensqualität einer großen Bevölkerungsgruppe erhalten werden kann als auch die damit verbundenen Kosten für das gesamte Gemeinwesen tragbar bleiben.

Wohnen und Alter

Auch das Wohnumfeld, also die Ausstattung, Gestaltung und Lage des Zuhauses, hat eine zentrale Bedeutung für die Lebensqualität nicht nur für ältere Menschen. Aber gerade bei Senioren kann eine altersgerechte Wohnform dazu beitragen, unveränderbare Einbußen und Verluste körperlicher und geistiger Art zu bewältigen. Die Qualität des Wohnens entscheidet maßgeblich darüber, inwieweit trotz gesundheitlicher oder anderer Einschränkungen (zum Beispiel Einsamkeit) ein eigenständiges Leben möglich ist. Vor allem bei einer eintretenden, leichten Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit erweist sich das altersgerechte Wohnumfeld als hilfreich für die erfolgreiche Verarbeitung der

[24] Vgl. Ernst Ulrich von Weizsäcker: Erwerbsarbeit in der Dritten Lebensphase, in: Frankfurter Institut (Hrsg.): *Prosperität in einer alternden Gesellschaft*, Bad Homburg: Eigenverlag, 2000, S. 187-202, hier: 189f.

[25] Vgl. Statistisches Bundesamt, Zahlen von 2002 (unter: http://www.destatis.de/themen/d/thm_erwerbs.php).

[26] Vgl. Ernst Kistler/Markus Hilpert: Auswirkungen des demografischen Wandels auf Arbeit und Arbeitslosigkeit, in: *Aus POLITIK UND ZEITGESCHICHTE*, Heft B3-4 (2001), S. 5-13, hier: 10.

[27] Vgl. Bert Rürup: Bevölkerungsalterung und Wirtschaftswachstum: Hypothesen und empirische Befunde, in: Frankfurter Institut (Hrsg.): *Prosperität in einer alternden Gesellschaft*, Bad Homburg: Eigenverlag, 2000, S. 83-106, hier: 101.

[28] Vgl. Fritz Böhle: Alter und Arbeit. Erwerbsarbeit zwischen Markt und Staat als neue Herausforderung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, in: Christoph v. Rothkirch (Hrsg.): *Altern und Arbeit: Herausforderung für*

schwierigen Lebenslage. Obwohl die positiven Auswirkungen altersgerechten Wohnens hinlänglich bekannt sind, hinkt die bauliche Entwicklung in Deutschland dem bereits vorhandenen Nachfragepotential hinterher.[23]

6. Exemplarisch: Eine demographieresistente Arbeitsmarktpolitik

Da an dieser Stelle nur beispielhaft auf eines der drei angesprochenen Politikfelder eingegangen werden kann, sollen im folgenden Handlungsoptionen und -notwendigkeiten für den Bereich „Arbeit und Alter“ aufgezeigt werden. Während früher ältere Arbeitnehmer einen großen Anteil an der Erwerbsbevölkerung ausmachten, sind die Zahlen seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts rückläufig. Auslöser war der sogenannte Ölschock und die sich anschließend zunehmend verschlechternde Wirtschaftslage. Da Konjunkturprogramme zur Wirtschaftsbelebung nahezu wirkungslos blieben, intensivierte man die bereits vorher in Ansätzen bestehenden Frühverrentungsprogramme, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.[24] Die große Mehrheit der Männer und Frauen über 60 Jahre – und damit deutlich vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter – nimmt heute nicht mehr am Erwerbsleben teil. Die Quoten liegen zwischen 9,4 Prozent für ostdeutsche Frauen und 32,4 Prozent für westdeutsche Männer.[25] Die Erwerbsbeteiligung der über 65jährigen ist marginal. Die niedrigen Quoten sind vor allem Folge der hohen Arbeitslosigkeit in der Gruppe der älteren Erwerbsfähigen. Bis zur Altersgrenze von 55 Jahren bleiben die altersspezifischen Arbeitslosenquoten weitgehend ähnlich. Erst bei den 55- bis 59jährigen steigen die Zahlen steil an und sind dann im Vergleich zur Arbeitslosenquote der jüngeren Altersgruppen fast doppelt so hoch.[26] Darüber hinaus sind ältere Menschen besonders stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

Zunehmendes Alter erweist sich demnach als klarer Nachteil auf dem Arbeitsmarkt. Besonderes Interesse an der Ausgliederung älterer Arbeitnehmer zeigen hauptsächlich die Unternehmer. Zurückzuführen ist dies auf die im Vergleich zu jüngeren Arbeitnehmern höheren Kosten sowie die negative Einschätzung der Fähigkeiten älterer Menschen. Im Vordergrund dieser Einschätzung stehen – tatsächlich

bestehende – altersspezifische Einschränkungen: Die sogenannte „fluide Intelligenz“ nimmt im Alter ab, das heißt die geistige Beweglichkeit und das Vermögen, sich auf neue, komplexe Aufgaben einzustellen, verringert sich; daneben lassen Konzentrations- und Abstraktionsvermögen nach.[27] Die „kristalline“ Intelligenz hingegen, also das über die Zeit angesammelte Erfahrungswissen, und die höhere soziale Kompetenz älterer Menschen werden von den Unternehmen kaum berücksichtigt.[28] Durch gezielte Schulungsmaßnahmen und Arbeitsplatzumstrukturierungen könnten diese Altersvorteile gewinnbringend für das Unternehmen nutzbar gemacht werden. Die angesprochenen Defizite könnten durch speziell zugeschnittene Fortbildungen ausgeglichen werden. Der oft zitierte Innovationsverlust der Wirtschaft aufgrund der Alterung der Beschäftigten und der damit verbundenen Verlangsamung des kreativen Arbeitsprozesses würde so an Bedrohlichkeit verlieren. Es ist ohnehin in Frage zu stellen, ob Innovation generell nur von Jüngeren geleistet werden kann. Es gibt dazu Innovationskonzepte, welche die Zusammenarbeit von Älteren und Jüngeren – also die Verbindung von kristalliner und fluider Intelligenz – als maßgeblich für die Innovationskraft eines Unternehmens sehen.[29] Faktisch kommen ältere Erwerbstätige allerdings sowohl bei betrieblichen als auch bei staatlich geförderten Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen kaum zum Zuge.[30]

Von staatlicher Seite werden zwar durch das Arbeitsförderungsgesetz Möglichkeiten bereitgestellt, die Erwerbstätigkeit älterer Menschen zu fördern, etwa mittels Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder speziellen Lohnkostenzuschüssen. Diese haben allerdings nur einen sehr begrenzten Umfang.[31] Der Schwerpunkt staatlichen Handelns gegen die Altersrisiken auf dem Arbeitsmarkt liegt – jedenfalls noch bis vor kurzem – auf der Schaffung von Möglichkeiten zum vorzeitigen Ausscheiden älterer Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben. Zum einen soll eine „sozialverträgliche“ Ausgliederung den drohenden Abgang in die Arbeitslosigkeit umgehen, zum anderen so der Arbeitsmarkt bereinigt und neue Stellen für jüngere Arbeitskräfte frei werden. Dies trifft in besonderem Maße auf die nach 1990 angewandte Strategie im Osten der Bundesrepublik zu.[32] Die gesetzliche Regelaltersgrenze von 65 Jahren ist

Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin: Sigma, 2000, S. 310-338, hier: 313.

[29] Vgl. Josef Reindl: Innovationsmilieus und Altern – empirische Befunde aus innovativen Unternehmen, in: Christoph von Rothkirch (Hrsg.): *Altern und Arbeit: Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: Sigma, 2000, S. 192-197, hier: 195.

[30] Vgl. Frerich Frerichs/ Gerhard Naegele: Strukturwandel des Alters und Arbeitsmarktentwicklung – Perspektiven der Alterserwerbsarbeit im demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandel, in: Wolfgang Clemens/ Gertrud M. Backes: *Altern und Gesellschaft. Gesellschaftliche Modernisierung durch Altersstrukturwandel*, Opladen: Leske + Budrich, 1998, S. 237-256, hier: 241.

[31] Vgl. Jens Alber/Martin Schölkopf: *Seniorenpolitik. Die Lage älterer Menschen in Deutschland und Europa*, Amsterdam: Verlag Fakultas, 1999, S. 62.

damit als Eintrittsalter für den Ruhestand immer mehr in den Hintergrund getreten. Insgesamt betrachtet ist also die paradoxe Situation entstanden, daß trotz einer immer weiter steigenden Lebenserwartung Erwerbstätige immer früher in Rente gehen.

Aufgrund wachsender Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung versucht die Politik nun in der jüngeren Zeit, dem – vorher geförderten – Trend zur Frühverrentung mit Hilfe verschiedener Mechanismen, wie zum Beispiel Kürzung der Rentenbezüge bei vorzeitigem Ausscheiden oder Versperren dementsprechender Rentenzugangspfade, entgegenzuwirken.[32] Wenn hierbei nicht gleichzeitig große Anstrengungen zur Bekämpfung der Altersarbeitslosigkeit unternommen werden, bedeutet dies, daß „die prekäre Situation älterer, arbeitsloser Arbeitnehmer zwischen Erwerbsleben und Ruhestand verlängert wird, und zwar mit erheblichen negativen Konsequenzen für ihre materielle Sicherung.“[34]

Die bisherige Situation älterer Personen auf dem Arbeitsmarkt kann wie folgt zusammengefaßt werden: Sowohl Wirtschaft als auch Staat nutzen ältere Beschäftigte als Dispositionsmasse, erstere zur Bewältigung der jeweils unterschiedlichen Unternehmensprobleme (zum Beispiel konjunkturbedingte Personalreduzierungen / -umstrukturierungen), letzterer um den Arbeitsmarkt zu entlasten beziehungsweise die Beiträge zur Sozialversicherung stabil zu halten. Darüber hinaus haben die begrenzten Konzepte zur Beschäftigungsförderung älterer Personen – Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüsse – reaktiven Charakter, d.h. sie setzen erst an, wenn die Arbeitslosigkeit schon eingetreten ist. Der stark steigende Anteil älterer Erwerbsfähiger und die gleichzeitige Arbeitskräfteverknappung im Zeichen des demographischen Wandels ergeben angesichts der skizzierten Problemlagen folgende Handlungsnotwendigkeiten:

Arbeitszeitflexibilisierung

Die klassische Erwerbsbiographie in der Reihenfolge Ausbildung, Erwerb und Ruhestand wird in Zukunft an Bedeutung verlieren. Sowohl die Arbeitszeitstruktur als auch die Lebensarbeitszeit insgesamt müssen deshalb fle-

xibler gestaltet werden. Hinsichtlich der Anpassung der Arbeitszeitstruktur an veränderte Arbeitsverläufe und die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer sind Konzepte wie regelmäßige Bildungszeiten, freiwillige Erwerbspausen (sogenannte „sabbaticals“) beziehungsweise ein gleitender Übergang in den Ruhestand durch kürzere Wochenarbeitszeiten empfehlenswert.

Die bisherigen Altersteilzeitmodelle erwiesen sich in der Praxis als verdeckte Frühverrentungskonzepte, da sie weitgehend als Blockmodell umgesetzt werden: Die Zeit vor dem Ruhestand wird hier eingeteilt in eine Phase der Vollarbeitszeit und eine anschließende Phase, in der der Beschäftigte als Angehöriger des Unternehmens zwar weiter Teilzeitentgelt bezieht, sich de facto allerdings schon im Vorruhestand befindet.[35]

Die politischen Rahmenbedingungen sollten in Zukunft gewährleisten, daß die zentrale Idee des an die Leistungsfähigkeit angepaßten gleitenden Übergangs tatsächlich realisiert wird. Weiter sollte ein besonderer Schwerpunkt darauf liegen, dem Trend der Frühverrentung generell entgegenzuwirken und so die gesetzliche Altersgrenze von 65 Jahren als reales Renteneintrittsalter zu etablieren. Eine längere tatsächliche Lebensarbeitszeit könnte sich dabei auch positiv auf die Bereitschaft der Unternehmen zur betrieblichen Fortbildung auswirken, da die Amortisationsphase der Weiterbildungsinvestitionen länger wäre.[36] Das bisher kaum beachtete Potential produktiver Tätigkeiten von über 65jährigen sollte durch geeignete Angebote genutzt werden. Die Entwicklung ehrenamtlicher Tätigkeitsfelder allein reicht hier nicht aus, da das Verständnis von gesellschaftlich anerkannter Arbeit immer auch eine Art Entgelt beinhaltet.[37]

Weiterbildung

Die Förderung der beruflichen Fort- und Weiterbildung ist das Kernstück einer nachhaltig erfolgreichen aktiven Beschäftigungspolitik. Ältere Arbeitnehmer wurden hier bisher weitgehend nicht berücksichtigt und sollten in Zukunft verstärkt in den Genuß solcher Maßnahmen kommen. Die Sachverständigenkommission des Dritten Altenberichts empfiehlt in diesem Zusammenhang: „Das Konzept des

[32] Vgl. Gisela Wiesner: Unfreiwillig in den vorzeitigen Ruhestand, in: Karl Lenz et al. (Hrsg.): *Die alternde Gesellschaft. Problemfelder gesellschaftlichen Umgangs mit Altern und Alter*, Weinheim/München: Juventa Verlag, 1999, S. 233-246, hier: 237f.

[33] Vgl. Gerhard Bäcker: Von der Frühverrentung zur Altersteilzeit, in: Gerhard Naegele/Rudolf M. Schütz (Hrsg.): *Soziale Gerontologie und Sozialpolitik für ältere Menschen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999, S. 249-265, hier: 250.

[34] BMFSFJ: *Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation*, Berlin 2001 (Drs. 14/5130), S. 183.

[35] Vgl. Christoph Behrend: Beschäftigungssituation und Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer, in: G. M. Backes/W. Clement (Hrsg.): *Lebenslagen im Alter. Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen*, Opladen: Leske + Budrich, 2000, S. 117-137, hier: 128.

[36] Vgl. Bernhard Boockmann/Viktor Steiner: *Gesellschaftliche Alterung*,

„lebenslangen Lernens“ muß mit Leben erfüllt werden. Die Qualifizierungserfordernisse der Arbeitswelt sollten systematisch mit den bestehenden Strukturen und Angeboten der beruflichen Aus- und Weiterbildung verknüpft werden. Die Politik sollte geeignete Rahmenbedingungen für flexible Weiterbildungsmaßnahmen schaffen, um den sich rasch veränderten Qualifikationsbedürfnissen der Unternehmen Rechnung zu tragen.“[38] Die Maßnahmen sollten hinsichtlich ihrer Methodik die speziellen Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer berücksichtigen, gleichzeitig aber auch eine altersheterogene Gruppenzusammensetzung garantieren, da sonst die Angebote als stigmatisierend empfunden werden könnten und dadurch die Motivation bei den älteren Arbeitnehmern leiden würde.[39]

Altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung

Zu einem präventiven Konzept der Erwerbs- und Qualifizierungssicherung zählt ebenfalls die in ergonomischer, hygienischer und sicherheitstechnischer Hinsicht altersgerechte Gestaltung der Arbeitsumgebung. Durch rechtzeitige Rehabilitationsmaßnahmen können überdies berufs- und arbeitsbedingte Einbußen von Leistungsfähigkeit und Gesundheit ausgeglichen werden.

7. Und doch wieder mehr Babies: Politisches Handeln zwischen kurzfristigen Erfolgen und langfristigen demographischen Trends

Die eben exemplarisch für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik dargestellten Handlungsoptionen stellen kein Herrschaftswissen dar. Die ständige Altenberichterstattung der Bundesregierung und vor allem die Zwischen- und Abschlußberichte der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“ geben detaillierte Handlungsempfehlungen für jeden Politikbereich. Die Enquête-Kommission wurde vom Deutschen Bundestag für die Dauer von drei Wahlperioden eingesetzt und tagte kontinuierlich über einen Zeitraum von 12 Jahren. Trotz der sy-

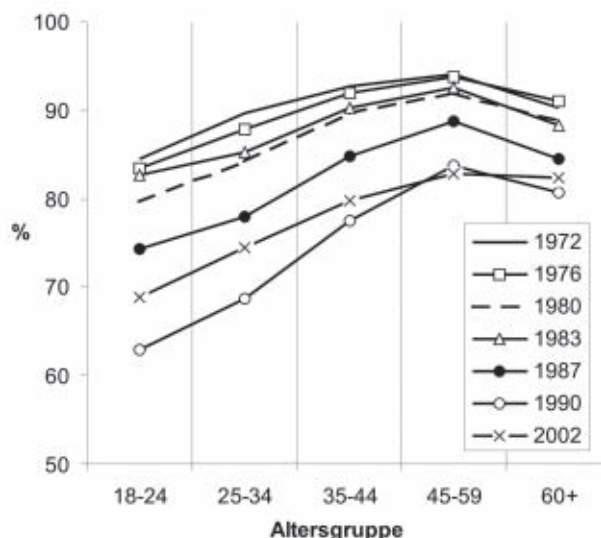


Abb. 3: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen

stemmmanenten Probleme eines auch politisch besetzten Expertengremiums erarbeitete die Enquête-Kommission ein weitgehend vollständiges Bild der Konsequenzen demographischen Wandels für Deutschland. Die mehrere hundert Seiten dicken Dokumente lagern jedoch in den Archiven der Institutionen – ohne wirklich wahrgenommen zu werden; ihr Umfang scheint nicht geeignet für den Verdauungsapparat der schnellebigen Legislaturpolitik.

Zwar hat der in den vergangenen Jahren gestiegene Problemdruck in den Sozialversicherungssystemen, welcher paradoxerweise (noch) nicht durch den demographischen Wandel, sondern hauptsächlich durch die beträchtlichen Steuerausfälle aufgrund hoher Arbeitslosigkeit verursacht wird, die politischen Akteure dazu gebracht, die Bevölkerungsalterung stärker zu thematisieren. Allerdings gerät neben der wohlfahrtsstaatlichen Auseinandersetzung mit der alternden Gesellschaft die Familienpolitik immer stärker in den Fokus der Politikplanung – und dies mit einem überraschenden Paradigmenwechsel: Obwohl eine gezielte Einflußnahme auf die Geburtenentwicklung als politisches Tabu galt, wird neuerdings die Erhöhung der Geburtenrate zum „Meta-Ziel[...] einer nachhaltigen Familienpolitik“[40] erhoben. Überspitzt formuliert erweckt die Formulierung den Anschein als könnte

Humankapital und Produktivität, in: Frankfurter Institut (Hrsg.): *Prosperität in einer alternden Gesellschaft*, Bad Homburg: Eigenverlag, 2000, S. 107-136, ±hier: 131f.

[37] Vgl. Böhle: *Alter und Arbeit*, S. 323.

[38] BMFSFJ: *Dritter Altenbericht*, S. 283.

[39] Josef Hilbert/Gerhard Naegle: *Wirtschaftskraft Alter*, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Das Altern der Gesellschaft als globale Herausforderung – Deutsche Impulse*, Stuttgart: Kohlhammer, 2001, S. 122-171, hier: 143-148.

[40] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung* [Gutachten von Bert Rürup und Sandra Gruescu], Berlin 2003, S. 48 [unter: <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=13764.html>]; Stand: 28. Januar 2004.

[41] Vgl. dazu grundlegend: Martin Fuhrmann: *Volkvermehrung als Staatsaufgabe? Bevölke-*

„Volksvermehrung“ nun wieder als Staatsaufgabe verstanden werden.[41] Gleichzeitig tritt das Szenario einer gealterten Bevölkerung in den Hintergrund; folglich werden kaum Anstrengungen unternommen, beispielsweise die Verteilung von Arbeit neu zu organisieren und resistent gegenüber Bevölkerungsentwicklungen auszugestalten. Damit wird einer Politik der Vorzug gegeben, die die als sicher geltende Bevölkerungsalterung in den nächsten Jahrzehnten vernachlässigt und auf Konzepte setzt, welche – wenn überhaupt – erst viel später zur Wirkung kommen.

Was könnte der Grund für diese Prioritätensetzung sein? Politische Entscheidungsträger befinden sich in einem Dilemma: Vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erwartet die Wählerschaft relativ schnelle Erfolge; Themen, die langfristige Sichtweisen erfordern, werden nachrangig. Der moderne politische Prozeß ist geprägt von einer Schnellebigkeit, in der nur derjenige, der sich flexibel auf aktuelle Sachlagen einstellt, erfolgreich – und damit auch gestalterisch tätig – sein kann. Ein politikfeldübergreifendes, langfristiges Thema wie der demographische Wandel ist zu sperrig, um sich in dieses System problemlos einfügen zu lassen. Dennoch bedient sich die Politik unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit oftmals längerfristiger Trends, um für die Gegenwart notwendige und bereits beabsichtigte Politiken zu rechtfertigen. Das Beispiel der Bevölkerungsalterung, die als Begründung für eine ohnehin per Verfassungsauftrag gebotene Familienförderung herangezogen wird, zeigt dies deutlich.

Daß diese politische Strategie allerdings langfristig große Probleme in sich bergen könnte, verdeutlicht der Blick auf die demographische Entwicklung der Wahlbevölkerung: Noch schneller als die Gesamtbevölkerung altert insbesondere die Personengruppe von 18 Jahren an. So wird im Jahr 2050 die Hälfte der deutschen Wählerschaft über 56 Jahre alt und damit nahe am heute faktischen Renteneintrittsalter sein. Gleichzeitig haben bisher ältere Bürger im Vergleich zu den jüngeren ihr Wahlrecht stets häufiger wahrgenommen (siehe Abbildung 3).[42] Sollte dieser Trend fortbestehen, dann wird der Wille jüngerer Altersgruppen zukünftig noch deut-

licher unterrepräsentiert sein als heute. Daneben könnten politische Entscheidungsträger vor dem Problem stehen, daß Reformen – etwa im Bereich des Renteneintrittsalters – nicht mehr umzusetzen sind, wenn diese die Mehrheit der Wahlbevölkerung teils empfindlich treffen. Der Politik verbleibt somit wahrscheinlich nur noch ein schmales „Window of Opportunity“, um die notwendigen Veränderungen anzugehen.

rungs- und Ehepolitik in der deutschen politischen und ökonomischen Theorie des 18. und 19. Jahrhunderts, Paderborn 2002.

[42] Vgl. Busacker, Helene/Rita Gietz: *Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in den Ländern 1946 – 1999, insgesamt und nach Alter und Geschlecht*, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1999 und Daten des Statistischen Bundesamtes, 2002.



Harald Wilkoszewski studierte Politikwissenschaft und Europarecht in Augsburg, München und Cork/Irland und ist Doktorand bei Professor James W. Vaupel am Max-Planck-Institut für demographische Forschung in Rostock.

*Kontakt:
Max-Planck-Institut für
demographische Forschung
Konrad-Zuse-Straße 1
18057 Rostock
Tel.: +49-381-2081-205
Fax: +49-381-2081-505
eMail: wilkoszewski@demogr.mpg.de
Internet: www.demogr.mpg.de*